

Diskussionspapier

SPD im Tief

Zur Misere einer irrlichternden Partei

Prof. Dr. Elmar Wiesendahl

Juni 2026

Die SPD steckt nach 16,4 Prozent bei der Bundestagswahl 2025 und einer Serie von Landtagswahl-Niederlagen in ihrer tiefsten Krise seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Papier zeichnet die Geschichte dieses Niedergangs nach: vom Verlust der Arbeiterschaft über die schwindende Mitgliederbasis bis zur Zerreißprobe zwischen kosmopolitischem und kommunitaristischem Lager. Der Befund: Die Partei hat sich in einem Irrgarten widersprüchlicher Profile verlaufen — und es fehlt ihr der Mut zur Selbstkorrektur.

Die SPD findet nach ihren desaströsen 16,4 Prozent (- 9,3 Prozent-Punkte) bei der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 aus dem Abwärtssog nicht heraus. Im Frühjahr 2026 wird sie bei der Baden-Württembergischen Landtagswahl mit einem Erdrutsch von 11 auf 5,5 Prozent fast aus dem politischen Spielfeld geworfen. Selbst der angesehene Ministerpräsident Alexander Schweitzer kann am 23. März 2026 dem Absturz der SPD in ihrer einstmaligen Hochburg Rheinland-Pfalz von 35,7 auf 25,9 Prozent nichts entgegensetzen. Und auf Bundesebene erreicht die geschundene SPD im Mai 2026 nur noch ein Zustimmungsniveau von 12 Prozent. Bar jeglicher Trendwende versinkt die SPD weiter haltlos im Tief. Dahinter stehen Fehlentwicklungen der Partei, denen nachgegangen wird.

Wegmarken des Niedergangs

Die SPD verfügt als einstmals mächtige Arbeitermerpartei über eine stolze Vergangenheit, an die sich bereits seit der Milleniumswende eine Zeit des gesellschaftlichen Bindungsverlustes und der organisatorischen Entkräftung anschloss.

Vom Phoenix zur Asche

Die SPD hat in den bisher 21 Bundestagswahlen zwischen 1949 und 2025 nur wenige Triumphe erlebt. Mühsam stieg sie von Wahl zu Wahl in der Wählergunst auf, bis sie 1969 unter Willy Brandt eine sozialliberale Koalition bilden konnte. 1972 verwies sie bei den triumphalen Willy-Wahlen mit 45,8 Prozent die CDU/CSU auf die Plätze. Den Erfolg verdankte sie einer einzigartigen Wählerkoalition aus traditioneller Arbeiterschaft, der neuen Dienstleistungsklasse und dem reformbereiten liberalen Bürgertum. Die Generation der 1968er wurde Teil des Bündnisses.

An den Berufsverboten zerbrach die Liaison mit den Achtundsechzigern. Flügelkämpfe in der SPD und der Wechsel von Kanzler Brandt hin zu Helmut

Schmidt ließ die Wählerkoalition zerbrechen. Die Wählerbasis dünnte sich ab 1982 in der anschließenden 16jährigen Kohl-Ära wieder aus. Den zweiten Wahltriumph heimste die SPD 1998 ein, als sie mit dem Duo Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine einen rot-grünen Machtwechsel herbeiführte. Die SPD stieg mit über 20 Millionen Wählerinnen und Wählern und 40,9 Prozent Stimmenanteil zur Siegerin der Stunde auf und stellte die geschlagene Union in den Schatten. Dieser Triumph hielt bekanntlich nicht lange an. Zwar riss der begnadete Wahlkämpfer Gerhard Schröder 2002 die drohende Niederlage nochmals herum und konnte mit 38,5 Prozent vor der Union die Macht sichern. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 glückte das nicht noch einmal. Der SPD gingen gegenüber 1998 vier Millionen Stimmen verloren und sie sackte auf 34,2 Prozent ab.

Der einschneidendste Wählerabsturz auf knapp 10 Millionen verbliebene Wählerinnen und Wähler vollzog sich dann 2009 unter dem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier. Als Folge der Agenda 2010 hatte die SPD einen weiteren Abfluss an Wählern zur Linken hinzunehmen, die aus der Fusion von PDS und WASG hervorging. Wider Erwarten hob Olaf Scholz 2021 die SPD erneut auf 25,7 Prozent an und bescherte ihr einen Wahlsieg. Bei der jüngsten Bundestagswahl 2025 wurde die SPD von einem Erdrutsch erfasst und sackte auf 16,4 Prozent (-9,3) ab. 1887 war es das letzte Mal, dass die SPD im Wahlergebnis unter 13 Prozent landete.

Die SPD ist seit den Nullerjahren einem elektoralen Niedergangstrend ausgesetzt, der sich im Schwund der absoluten Wählerstimmen und dem Schwund der Stimmenanteile bei den Wahlen ausdrückt. Gegenüber dem Stimmengipfel von 1998 hat die SPD bis 2025 rund 12 Millionen Wählerinnen und Wähler abzuschreiben, was sie um 60 Prozent ihrer Wählersubstanz von 1998 bringt.

Mit Blick auf das gesamtdeutsche Wahlgebiet setzte der Wählerschwund zunächst im südlichen Westen und Osten der Republik ein, hat sich aber mittlerweile bis in die ehemaligen Wählerhochburgen des

mittleren Westens und Nordens durchgefressen. Selbst in der ehemaligen Herzkammer der SPD, in NRW, musste sie sich bei der jüngsten Kommunalwahl mit 22 Prozent bescheiden.

Zu welchen Konkurrenzparteien die enormen Wählerverluste nach 1998 abgeflossen sind, lässt sich an den Befunden der Wählerwanderungsbilanz von Infratest Dimap ablesen. Temporäre Zugewinne und dauerhafte Verluste der SPD setzen sich zu einer Bilanz zusammen, bei der die Partei Wählerabflüsse nach drei Seiten hinzunehmen hat. Verrechnet man die insgesamt zwischen 1998 und 2025 angefallenen Verluste und Zugewinne, erzielt die SPD ausschließlich bei der Union ein Plus von 570.000 Stimmen. Dagegen fallen die Verluste gegenüber der Linken (-2.840.000), den Grünen (-1.910.000) und der FDP (-1.110.000) besonders stark ins Gewicht. Teilt man die Wählerwanderungen nach Lagern auf, verliert die SPD nach Mitte-rechts (CDU, CSU, FDP, AfD) 1,25 Millionen Wähler. Nach Mitte-links (Linke, Grüne, BSW) sind die Verluste mit 5,1 Millionen mehr als viermal so hoch.

Dieser Befund ist für die maltratierte SPD strategisch äußerst brisant, weil sich ihre Wählerschaft vor allem nach links, aber auch nach rechts auflöst. Sie hat offenbar kein Rezept, um Verluste nach links durch Zugewinne von rechts kompensieren zu können. Sie verfügt in der Wahlarena nicht mehr über die Attraktivität und Wettbewerbskraft, um ihren Niedergang aufzuhalten.

Die Entfremdung von der Stammwählerschaft

Die Integrationskraft einer Volkspartei bemisst sich daran, wenn sie zwischen ihren Stammwählern und alliierten Grenzwählern eine dauerhafte Wählerkoalition zu schmieden versteht. Kritisch wird es dann, wie bei der SPD, wenn die sichere Bank der Stammwählerschaft erodiert und sich gleichzeitig Potenzialwählerinnen und -wähler einer Wählerkoalition verweigern.

Erhellend ist dabei zu erfahren, welche Berufs- und Altersgruppen der Wählerschaft der SPD sich davon gemacht haben. Bekanntlich war die SPD in den Anfangsjahren der alten Bundesrepublik noch Arbeiter- und Angestelltenpartei. Nur 1969 und 1972 gelang es ihr, bei den Willy-Wahlen zwischen Arbeiterschaft und links politisiertem Bürgertum unter dem Banner der neuen Mitte eine Wählerkoalition zu schmieden. Mit der auf Wachstum, Atomenergie und Nachrüstung setzenden Schmidt-Ära brachen linksbürgerliche Teile des Wählerbündnisses weg und verhalfen ab Anfang der 1980er den Grünen zum parlamentarischen Aufstieg.

Für die SPD ist es eine zutiefst demütigende Schmach, dass ihr klassisches Vertretungssubjekt, die Arbeiterschaft, ihrer Partei in Scharen den Rücken kehrt. Ihr Arbeiteranteil fiel vom Gipfelpunkt der Wahl 1976 mit 68 Prozent bis 1990 auf 40 Prozent. Beim Erfolgswahljahr 1998 gab es einen Hochsprung auf 48 Prozent, um dann bis 2013 wieder auf 27 Prozent abzusacken. Dieses Niveau blieb der SPD bis zur Bundestagswahl 2025 erhalten, bei der sich nun nur noch 12 Prozent der Arbeiterwähler für die Partei entschieden. Zum Entsetzen der SPD erzielte die AfD mit 38 Prozent dreimal so viele Arbeiterstimmen. Schon 2021 zog sie mit 21 Prozent der Stimmen an der SPD vorbei. Selbst bei gewerkschaftlich gebundenen Wählern erreicht die SPD 2025 nur 29,6 Prozent und wird von CDU/CSU und AfD überrundet. Im Angestelltenbereich erleidet die SPD mit 15 Prozent ebenfalls eine schwere Niederlage.

Die historische Dimension dieser Drift ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Denn mit der Entfremdung von der Mutterpartei und der Abwanderung der Arbeiterschaft nach rechts außen bricht das interessenhomogene Beziehungsverhältnis zwischen SPD und Arbeiterschaft auseinander. Der Bruch setzte mit der Verbürgerlichung von Parteibasis und Führungsschicht ab den 1970ern ein, die die SPD von ihrer Rekrutierungsbasis zu einer Partei der gehobenen Mittelschichten machte. Mit der Loslösung der Partei vom Arbeitermilieu ging es per Fahrstuhleffekt hoch zur besseren Hälfte der Gesellschaft. Sie entwickelte sich dadurch zu

einem Repräsentationsorgan der gehobenen Mittelschichten. Dies geht so weit, dass nach einer Imagestudie vom Frühjahr 2024 im Auftrag der KAS die SPD vorrangig mit Begriffen wie „bürgerlich“ (33 Prozent) und „Mittelstand“ (32 Prozent) assoziiert wird.

Dem entspricht die Entfremdung der Partei von der Arbeiterschaft. Sie verlor gegenüber ihrem alten Stammmilieu ihren lebensweltlichen Verdinglichungscharakter. Die Arbeiterschaft war nicht mehr Subjekt der Partei, für deren Emanzipation sie eine historische Mission verfolgte. So zerbröselte die Arbeiterschaft in ihrem Bewegungskarakter. Sie wurde ihrerseits durch den Aufstieg von postindustriellen White-Collar-Angestellten bedrängt, die eine Mittelschichtidentität entwickelten. Hier setzte die SPD als politische Interessenrepräsentationsinstanz an und konnte über den Genossen-Trend eine zeitlang erfolgreich bei Wahlen reüssieren. Daraus eine dauerhafte Wählerkoalition aus Arbeitern, liberalem Bürgertum und neuer Mittelschicht zu schmieden, gelang der SPD indes nur kurz in der Willy Brandt-Ära.

Für den Verdrängungsprozess der SPD aus der Wählerlandschaft schlägt auch der Anschlussverlust an die nachwachsende Jungwählerschaft zu Buche, die der SPD mit ihrem Profil nichts abgewinnen kann. Der Anteil der SPD-Wählerinnen und -wähler in der Altersgruppe 18-24 und 25-34 Jahre ist zwischen 2002 und 2025 von knapp 40 auf an die 10 Prozent herabgesunken. Nur 12 Prozent der unter 25-Jährigen gaben der SPD 2025 ihre Stimme. Welch ein krasser Unterschied zur linkspolitisierten Willy-Generation, die von Mitte der 1960er bis Mitte der 1970er zur SPD fand. Danach ging es mehrheitlich zu den Grünen. Damit setzte die Entkopplung von der Jungwählerschaft ein, die die SPD über die Jahre zu einer gealterten Generationenpartei gemacht hat. Wie die CDU/CSU bezieht die SPD ihre übrig gebliebene Wählersubstanz überwiegend aus der Altersgruppe der über 60jährigen.

Die SPD hat als eine aus wichtigen Wählermilieus herausgedrängte 16,4-Prozent-Partei ihren Volksparteiarakter verloren. Vorbei ist die Zeit, als sie

noch Alt und Jung, Oben und Unten zu einer übergreifenden Wählerkoalition zusammenschmieden konnte.

Die verödete Mitgliederpartei

Der Auszehrung der Wählerbasis der SPD draußen entspricht die Verödung ihrer Mitgliederbasis drinnen. Geradezu dramatisch ist der Verfall ihrer Mitgliederorganisation, der sich in einem unaufhaltbar chronischen Mitgliederschwund äußert. Die Aufbruchsjahre ab Mitte der 1960er lösten zunächst eine Politisierungswelle aus, über die linkspolitisierte Jugendliche in die SPD hineinströmten. Die Partei wuchs bis Anfang der 1970er auf über 1 Million Mitglieder an. Sie verjüngte sich stark und wurde gleichzeitig bildungsbürgerlicher.

Die Eintrittswelle brach ab 1972 mit der Berufsverbote-Entscheidung der Brandt-Regierung ab. In der Ära Schmidt trugen ab 1975 politische Richtungskonflikte um die Ökologie, die Kernenergie und die militärische Nachrüstung dazu bei, die SPD vom Mitgliedernachwuchs abzukoppeln. Die deutsche Einheit brachte der SPD gesamtdeutsch keinen Mitgliederschub. Im Gegenteil hat die West-SPD die ostdeutschen Landesverbände als mitgliederarme Sorgenkinder durchzufüttern.

Da Frischblut ausblieb, setzte eine Phase des chronischen Mitgliederschwunds ein, die bis heute nicht gestoppt werden konnte. Der Verfall der SPD als Mitgliederpartei ist dramatisch. Zwischen dem westdeutschen Spitzenjahr 1977 mit knapp über einer Million Mitgliedern ist sie bis Ende 2025 gesamtdeutsch auf 348.451 Organisierte abgesunken. Ein Schwund von fast zwei Dritteln. In der Folge altert die Partei und ist mit einem Altersdurchschnitt von 61 Jahren zu einer Vorruhestands- und Rentnerpartei abgesunken. Die wachsende Sterberate lässt die Mitgliederzahl weiter schrumpfen. Mit der Auflösung von SPD-Ortsvereinen kommt es zum Rückzug aus der Fläche.

Zur sozialen Entwurzelung trägt der Strukturwandel der Mitgliedschaft bei, der Anfang der 1970er

mit der Verbürgerlichung der Parteibasis begann. Arbeiter und kleine Angestellte wurden marginalisiert und verschwanden als Rekrutierungsreservoir für parteiinterne und politische Karrieren. Angehörige der gehobenen neuen Mittelschichten aus der staatsnahen Dienstklasse teilten die Ämter unter sich auf. Seitdem ist die SPD vom Sozialprofil in die bessere Hälfte der Gesellschaft gerückt. Deren Handschrift ist bei der Kursausrichtung der Partei und der Elitenauslese stilprägend.

Die SPD ist eine balkanisierte Partei, die sich in ein staatlich vernetztes Oben und ein introvertiertes, mit sich selbst beschäftigtes Unten aufspaltet. Die Aktiven-Zirkel gehen ihre eigenen Wege. Was an maroder Infrastruktur erhalten bleibt, bildet vielfach einen Sanierungsfall. Innerparteilich fällt sie saft- und kraftlos auf ein selbstbezogenes Eigenleben zurück mit teilweise grassierender Apathie. So wirkt die einstmals kraftstrotzende Mitgliederpartei auf Aktivbürger wie verstaubt und aus der Zeit gefallen, um den Preis wachsender innerer Ödnis.

Auf der Flucht in die Etatisierung

Die SPD ist im Vergleich zu den goldenen 1970ern nur noch ein Schatten ihrer selbst. Die Misere, in der sie steckt, liegt auf der Hand. Nach einem Schock, wie dem Wahlergebnis von 16,4 Prozent bei der Bundestagswahl 2025, schlägt, so die Ansicht der Parteienforschung, die Stunde der beherzten Erneuerer. Die Parteispitze wird durch Reformer ausgetauscht, die die marode Partei wieder flott machen. So jedoch, wie die gebeutelte Partei mit ihrer sich anbahnenden Existenzkrise herumlabort, straft sie die Forschung Lügen.

Die SPD war Zeit ihres Bestehens eine stark durchorganisierte, disziplinierte Machteroberungsmaschinerie, die ihr über erfolgreiche Wahlen den Zugang zu den Schaltstellen des Parlaments und Staatsapparates verschaffte. Sie parlamentarisierte sich nicht nur, sondern wurde Teil des staatszentrierten Politikbetriebs und übernahm Regierungsämter. Mit der langjährigen Regierungsbeteiligung seit 1998 kommt die SPD immer staatsintegrierter

und staatstragender daher. Ihr Gestaltungsimpuls endet bei solidem Regieren und der Abarbeitung der Aufgabenagenda. Ganz auf Politiker-Politik fixiert, liefert sie sich den Forderungen und Erwartungen der Akteure des Politikbetriebs aus und hat darüber an Instinkt zur Interessenvertretung ihrer Wählerbasis eingebüßt.

Seit längerem schon geht von der SPD die Aura der abgehobenen, menschlich unnahbaren Regierungsagentur zur Bearbeitung politischer Sachprobleme aus. Dabei glaubt der Regierungsflügel der SPD fest daran, dass er, ausgestattet mit den Insignien der Regierungsmacht, durch solides politisches Handwerk in der Öffentlichkeit und bei der Wählerschaft punkten könne. Die SPD glaubt an einen Amtsbonuseffekt, wenn sie an der Regierung ist und die Wählerschaft durch eine Personalisierungsstrategie ihrer Regierungsvertreter zu beeindrucken versucht.

Dieses technokratische Sachbearbeitungsverständnis von Politik ist Gift für die SPD als weltanschauliche Fortschrittspartei, die einstmals für ihre Anhängerschaft die beseelte Hoffnung auf Besserung der Lebenslage und auf gesellschaftlichen Aufstieg verkörperte. Verschmolzen mit dem staatszentrierten Politikbetrieb ist ihr jedoch jegliches visionäre Verheißungsmoment und ein glaubwürdiger Weltverbesserungsanspruch abhandengekommen.

Stürzt die Partei, wie jüngst bei der Bundestagswahl, noch so tief - ihr Spitzenpersonal landet sanft immer wieder in den Regierungssesseln. Im Gegensatz zu ihrer abhandengekommenen Wählerstärke verdankt sie der jeweiligen Wahlausgangsarithmetik und dem Stärkeverhältnis der im Bundestag vertretenen Parteien das Glück, seit 1998 fast ununterbrochen als Regierungspartner die Regierungssessel besetzen zu können. Und für zehn Jahre stellte sie mit Schröder und Scholz sogar den Kanzler.

So wird den SPD-Spitzen die Chance zugespielt, sich eskapistisch der Verantwortung zu entziehen. Sie fangen Wahlniederlage auf Niederlage ein und

entziehen sich dann der Aufarbeitung und Korrektur durch Flucht in die Regierung. Die Droge Macht liefert ihnen das entsprechende Betäubungsmittel. Die SPD-Spitzenvertreter schütteln ohne weitere Schockstarre die desaströsen Wahlergebnisse wie einen unglücklichen Unfall ab, indem sie sich den alsbaldigen Koalitionsverhandlungen und der Postenverteilung zuwenden.

Mit ihrem verjüngten Führungspersonal setzt die SPD ihren Weg zu einer Funktionärspartei fort, die den Typus des profilglatten Machtmechanikers aus dem Mitarbeiterbereich von Abgeordneten nach oben an die Parteispitze und in die parlamentarischen Führungsämter befördert. Auffallend hoch ist der Personenkreis, der über Parteilisten ohne Direktmandat die Karriereleiter aufsteigt. Die heutige SPD-Führungsschicht hat sich nicht außerhalb des Politikbetriebs beruflich bewährt, um dann einen Wechsel in die Politik zu vollziehen. Die Oberen sind Eigengewächse des Politikbetriebs, die über eine charakteristische Kletterleiter den Sprung in Spitzenämter vollziehen. Sie sind nicht durch Kaderschmieden der Bestenauslese gegangen, sondern wurden im Betriebsraum der Politik in Machttechniken geschult, die ihnen in jungen Jahren zu Sprungkarrieren verhelfen. Hierdurch gelangen überwiegend Jungakademiker der Politikwissenschaft in Spitzenstellungen der Partei hinein und verändern den gesellschaftlichen Repräsentationscharakter der Partei.

Mit ihrer Etatisierung und Verengung zur Postenklettererpartei für lebensweltfremde Politikaufsteiger verhält sich die SPD gegenüber Wahlschocks resistent und verweigert sich tiefgreifender Erneuerung.

Die Markenkernerosiion der SPD

Parteien wie die SPD haben zwei Gesichter. Das eine ist das Kleinklein des alltäglichen praktischen Verhandelns und Bargainings im Politikbetrieb. Das andere ergibt sich aus dem Bild, welches sich in der Öffentlichkeit und der Bevölkerung über die SPD als Tendenzbetrieb eingepägt hat. Sie stehen für

Grundüberzeugungen und eine Mission, die sich an ihrem Markenkern ablesen lässt. So ist die SPD eine Sozialstaats- und eine Brot-und-Butter-Partei. Die CDU liefert ein Gegenkonzept als Wirtschafts-, Wohlstands- und Recht-und-Ordnung-Partei. Das nachhaltige Erfolgsrezept beider Parteien besteht in der Markentreue und Standortfestigkeit.

Die SPD verfügt mit der sozialen Gerechtigkeit über einen robusten breitenwirksamen Markenkern, der ihr lange Zeit als Marktführer ein unangefochtenes Alleinstellungsmerkmal auf dem Wählermarkt zuspielte. Dieses Profil wuchs ihr historisch als Lagerpartei im Konflikt um die soziale Frage zu und machte sie zur linken Interessenvertretungsinstanz für den sozialen Aufstieg und als Schutzmacht der Arbeiterklasse vor sozialem Abstieg. Der elektorale Erfolg der SPD hängt in erster Linie davon ab, dass sie den Erwartungen als soziale Gerechtigkeitspartei entspricht und sie sich um die Alltagssorgen der Arbeitnehmerschaft kümmert.

Gerade für die unteren Wählerschichten macht dies die SPD zur Brot-und-Butter-Partei, die sich um die Besserung der Lebensumstände der Lohnabhängigen kümmert. Sie steht aber auch für das Versprechen des sozialen Aufstiegs, was sie erfolgreich durch den Zugang zur höheren Bildung umzusetzen versuchte. Zu ihrem Image als soziale Fortschrittspartei trug aber auch der Kampf um die Gleichberechtigung von Mann und Frau bei. In der Zeit der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt und Helmut Schmidt erweiterte die SPD ihr Profil. In Reaktion auf die Ostpolitik von Brandt konnte sich die SPD mit dem Image der Friedens- und Entspannungspartei schmücken.

Als Sozialstaatspartei und Partei der sozialen Gerechtigkeit bürdet ihr die Wählerschaft die Allverantwortlichkeit für den Erhalt und Ausbau des Wohlfahrtsstaats auf und erwartet den Schutz vor sozialem Abstieg. Verschlechterungen oder Kürzungen sozialer Leistungen werden deshalb in erster Linie der SPD zugeschrieben und der Ärger bei ihr abgeladen. Das Dauerabonnement der SPD-Spitzen auf Regierungsbeteiligung verleiht der Abstrafungsneigung Nachdruck.

Mit dem wirtschaftlichen und politischen Schlechtwetterwechsel stehen die Vorzeichen für die SPD auf Sturm. Schon bei den vergangenen Wahlen traf es sie hart, weil ihr die explodierenden Lebenshaltungskosten, der Verlust an Kaufkraft, der Mietenanstieg, die Energiekosten, die wachsende Arbeitslosigkeit und wuchernden Sozialabgaben angelastet wurden. Versprechen auf Aufstieg und Verbesserung der Lebensverhältnisse nimmt der SPD angesichts des sinkenden Lebensstandards kaum noch einer als glaubwürdig ab. Die SPD wird bei den anstehenden Einschnitten der schwarz-roten Koalition bei Renten, Gesundheit, Pflege und Bürgergeld für nicht umgehbare Zumutungen abgestraft werden. Die Merz-CDU kann bei Besserung der Wirtschaftsaussichten eher elektoral Pluspunkte erwarten.

Wie ihr ein Ausbruch aus der Zwickmühle gelingen soll, ist ihr ein Rätsel. Hat sie doch erst jüngst eine Erhöhung des Mindestlohns auf letztendlich fast 15 Euro ab 2027 erreicht, muss aber als Wähler-Undank einen gegenwärtigen Umfrageabstieg auf an die 12 Prozent verkraften. Ideenlos wie sie ist, fordert sie, wie unzählige Male zuvor, die höhere Besteuerung der Reichen. Dies blockt die CDU/CSU ab, obgleich sich breite Mehrheiten hinter das Anliegen stellen. Die Reichen zur Kasse zu bitten, wird eher der Linken abgenommen.

Stattdessen hat sich in der Regierungszeit der SPD seit 1998 die soziale Ungleichheit zwischen unten und oben massiv verstärkt, was mit der Entlastung von hohen Einkommensbezieheren und Vermögensbesitzern einerseits und der Einführung des Niedriglohnsektors unter Kanzler Schröder andererseits begonnen wurde. Unter tatkräftiger Hilfe der SPD setzte sich die Entsolidarisierung der Gesellschaft fort, die sich im Bewusstsein der Bevölkerung als wachsende soziale Kälte und Tendenz zur Ellenbogengesellschaft niederschlug. Entsprechend stieg das Bewusstsein in der Bevölkerung an, dass es in Deutschland immer ungerechter zugehe. Diese Überzeugung wird nach jüngsten Umfragedaten des ZDF-Politbarometers von September 2025 und dem ARD-Deutschlandtrend vom Februar 2026 von rund zwei Dritteln der Befragten

geteilt.

Seitdem büßt die SPD Schritt für Schritt in der Wählerschaft an Sozialkompetenz ein. Die Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein, wird ihr nur noch von einem Viertel der Befragten bescheinigt. Je jünger die Befragten, desto geringer wird der SPD nach dem Deutschlandtrend vom Februar 2026 noch die Sorge um die soziale Gerechtigkeit zugesprochen. Der SPD wird von diesem Hintergrund mehrheitlich nicht mehr zugetraut, die wachsende soziale Ungleichheit und Spaltung zum Besseren hin zu wenden. Die Partei verfügt nicht mehr über einen harten Gerechtigkeitskern, der die Menschen auf eine erwünschte Gesellschaft ohne soziale Kälte, ohne ökonomische Gier, weniger Spaltung in reich und arm und mehr sozialen Zusammenhalt hoffen lässt.

Die prekäre Erblast der Agenda 2010

Die SPD war noch bis in die 1970er hinein eine Milieupartei der industriegesellschaftlichen Lebensweise mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensumstände für die städtische Industriearbeiterschaft und die kleinen Angestellten. Ihnen sollte ein Leben in Wohlstand und sozialer Sicherheit ermöglicht werden. Im Mittelpunkt stand der Kampf um die gerechte Teilhabe der Arbeitnehmerschaft am wirtschaftlichen Erfolg, der der Unternehmerseite abgetrotzt werden musste. Über den erfolgreichen Verteilungskampf baute sie den Sozialstaat aus, der ein engmaschiges Netz der sozialen Sicherheit etablierte, dem Wirtschaftswunder sei Dank.

Als Mitte der 1970er das Wirtschaftswachstum nachließ, begann die finanzielle Überforderung des Sozialstaats. Der Weg in den Schuldenstaat setzte ein. In der Kohl-Ära der 1980er machte sich zudem ein neoliberaler Klimawechsel breit, mit dem eine gesellschaftliche Entsolidarisierung einsetzte. Das verinnerlichte Einstehen für Arbeitslose und prekär Beschäftigte verblasste. Die Vorstellung, nicht im Arbeitsprozess stehende Menschen seien Opfer und Leidtragende des kapitalistischen Verwertungsprozesses, ging verloren. Mit der wachsenden

Arbeitslosigkeit und der Kostenexplosion der Sozialausgaben setzte unterschwellig eine Täter-Opfer-Umkehr ein. Die abgehängte Unterschicht hatte sich ihre Lage von nun an verstärkt selbst zuzuschreiben. Dies schuf das Vorstellungsbild der sozialen Hängematte.

Mit der Agenda 2010 von 2003 nahm die SPD eine krasse Wende ihres Sozialstaatskurses vor und schuf mit Hartz IV ein Zwangsregime zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Beschleunigt wurde der Übergang von Arbeitslosigkeit in die Sozialhilfe. Gleichzeitig führte Schröder einen Niedriglohnsektor ein. Umgekehrt senkte er den Einkommensspitzensteuersatz und blockierte die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Noch dazu setzte etwas später Muntefering als Arbeitsminister die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre durch. Die Agenda 2010 gab sich im neoliberalen Impuls der Härte des Marktes hin und opferte das Solidarpaktprinzip zugunsten der marktförmigen Individualleistungsgesellschaft.

Die betroffene Stammklientel der SPD nahm Hartz IV als Kränkung wahr und als Entwürdigung ihres sicheren Berufslebens, für das die SPD traditionell die politische Schutzmacht darstellte. Jetzt drängte die Schröder-SPD ihre Anhänger in eine unsichere Lebenslage hinein, die sie um den Erhalt des erarbeiteten Lebensstandards und die Beibehaltung des bescheidenen Wohlstands fürchten lassen musste.

Strategisch war dieser Bruch für die SPD in doppelter Hinsicht fatal. Sie büßte gegenüber den Lohnabhängigen das Vertrauen ein, den in Not Geratenen beizustehen. Und sie wurde durch „Fordern“ zur Zuchtmeisterin einer sich verbreitenden Leistungskultur, die den gegenleistungsfreien Sozialhilfeempfänger nicht mehr hinnimmt. Hierdurch wurde ihr Nimbus als Garantiestanz für soziale Sicherheit nachhaltig beschädigt. Durch die fatale Hinterlassenschaft der Agenda-Politik hat die SPD ihre Kompetenzführerschaft bei der sozialen Gerechtigkeit eingebüßt. Sie hat die Beschädigung ihres Markenkerns hinzunehmen.

Die Agenda 2010 hat einen tiefgreifenden Entfremdungsprozess gegenüber der Stammklientel der Arbeiterschaft ausgelöst, die nicht mehr bei der Stange zu halten ist. Im Gegenteil bescheinigen ihr 57 Prozent der Befragten einer Infratest-Nachwahlerhebung vom 22. Februar 2025, sich nicht um die Interessen der Arbeiter zu kümmern.

Das verlorene Solidaritätsverständnis der SPD

Zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gehörte immer eine fordernde Fleiß- und Arbeitsmoral-Kultur, eng verbunden mit der Lebenswelt der Fabrikarbeit. Der Anspruch war rigoros. Er gipfelte im von Franz Müntefering 2006 noch mal aufgegriffenen Satz: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Solidarität ist ein Schlüsselbegriff der sozialdemokratischen Identität. Sie setzt bei einem solidarischen Gemeinschaftsverständnis an, bei dem die Schicksalsgenossen wechselseitig füreinander eintreten, um sich eine bessere Zukunft zu erkämpfen. Elementar ist dabei die Reziprozitätsnorm: Einer für alle, alle für einen. Das Versprechen ist, sich bei in Not geratenen Schicksalsgenossen unterzuhaken und sie aus der Unterdrückung und Elendslage zu befreien. Dieses gemeinsam füreinander Eintreten im Guten und Schlechten schuf eine Klammer des Zusammenhalts für die Arbeiterbewegung.

Wer von der Solidargemeinschaft selbstlos aufgefangen wurde, unterlag selbstverständlich dem Gebot der proaktiven Anstrengung als Gemeinschaftsverpflichtung. Ohne Gegenleistung egoistisch auf Kosten der Unterstützenden zu leben, verstieß gegen das moralische Gebot der Solidarität. Solidarität einseitig auf Fürsorge und Caritas zu verkürzen, widerspricht also diametral dem klassischen sozialdemokratischen Solidaritätsverständnis auf Gegenseitigkeit.

Wie sehr die reziproke Sinnhaftigkeit des Solidarprinzips der SPD entglitten ist, wird an ihrer Bürgergeldreform deutlich. Sie hebt das Wechselspiel von Fördern und Fordern von Hartz IV auf und versorgt

faktisch rund 5,5 Millionen Leistungsempfängerinnen und -empfängern mit einem leistungslosen und sanktionsfreien Grundeinkommen. Das Bürgergeld wurde Anfang 2023 zur Heilung des Seelenfriedens der SPD eingeführt. Es sollte aber auch das Verhältnis zu den Gewerkschaften und zur Arbeiterschaft wieder reparieren. Ganz im Gegenteil löste es in der Öffentlichkeit und in der sozialdemokratischen Wählerschaft ein breites Ungerechtigkeitsempfinden aus und stieß auf breite Ablehnung.

Wie sich an dem mittlerweile durch eine Grundsicherung wieder abgelösten Bürgergeld zeigt, verlor das Solidaritätsprinzip mit dem Einzug humanitärer Hilfsinstinkte in die SPD seinen fordernden Kern und verkümmerte auf gegenleistungsfreie Sozialhilfe. Mit dem gewandelten Solidaritätsverständnis der SPD richtet sich der Blick auf Menschen, die in ihrer abgehängten Vereinzelung der mitmenschlichen Hilfe und Unterstützung bedürfen.

Diese mitmenschliche Nachsicht und das bedingungslose Helfertum hebt sich vom Prinzip der sozialen Sicherung und Vorsorge der werktätigen Bevölkerung ab. Es kümmert sich mehr um den abgehängten gesellschaftlichen Rand und das gesellschaftliche Souterrain, welches einem produktiven Beitrag, der Steuer- und Abgabenlast, kurz der Arbeitsgesellschaft fernsteht. Mit solch einer Fixierung verengt sich die SPD zu einer Sozialhilfe- und Fürsorgeinstanz für Bedürftige.

Solidarität wird in Barmherzigkeit transformiert. Die ursprüngliche Beziehungsbasis der schicksalsgeleiteten und füreinander eintretenden Arbeiterbewegung löst sich dadurch auf. Der ursprünglich einmal gesellschaftspolitisch kämpferische und emanzipatorische Kern des Solidaritätsverständnisses der Arbeiterbewegung geht dadurch verloren.

Mit diesem Mentalitätswandel ist die Lebenswelt der Leistungserbringer, der sich Anstrengenden und Selbstverantwortungsträger im Großen und Kleinen, in weite Ferne gerückt. Die SPD steht damit nicht mehr für Leistungskultur, Arbeitsmoral und Arbeiterstolz. Gleichzeitig ist sie nicht mehr die Partei, mit der man Produktivkraft, Wertschöpfung,

Aufstieg und Wohlstandsmehrung verbindet.

Ihr Einsatz für das exkludierte gesellschaftliche Souterrain bringt ihr keinen Mehrwert, zumal die dort lebenden Kreise entweder kein Wahlrecht haben oder sich überwiegend in Wahlabstinenz üben. Umgekehrt nimmt die arbeitende untere Mitte der Gesellschaft der SPD ihre Beistandspolitik übel, zumal deren Kosten auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden.

Die SPD im Irrgarten der libertären Moderne

Die SPD bildet von ihrem Selbstverständnis eine weltverbessernde Partei, die für gesellschaftlichen Fortschritt eintritt. Den verband sie über Jahrzehnte auf das Engste mit der sozialen Frage. Diese Symbiose hat mit einem weiteren Identitätswechsel an Stellenwert eingebüßt. Das Movens des Progressiven hat sie auf das Feld der soziokulturellen Moderne geführt. Sie will integraler Teil des damit verbundenen linkslibertären Lagers sein. Die soziale Frage als hergebrachtes Gravitationszentrum der Kursausrichtung der Partei ist vor diesem Hintergrund zum Spezialgebiet für Sozialpolitik herabgesunken.

Während die Wortführer der marxistischen Juso-Linken auf dem Weg in die SPD-Spitze noch geläutert im Pragmatismus endeten, drang in den Nullerjahren eine libertäre Linke in die SPD ein, die mit ihren woken Leitvorstellungen die Partei infiltrierte. Die Altvorderen und die Spitzenvertreter der Partei ließen dies widerstandslos geschehen, sodass die Partei als Ganzes in identitätspolitisches Fahrwasser hineingezogen wurde. Als der Alt-Linke Wolfgang Thierse 2021 gegen diesen Trend aufmuckte, erlitt er die Schmach, von der Parteivorsitzenden Saskia Esken und dem Generalsekretär Kevin Kühnert gegenüber Vertretern der LGBTQ-Community als aus der Zeit gefallen abgestempelt zu werden.

Seitdem August Bebel die Frauenfrage aufwarf, erweiterte die SPD das Problem der kollektiven Ungleichheit und Diskriminierung von der Arbeiterfrage hin zur Frauenfrage. Der Erfolg trat mit dem

Frauenwahlrecht ein und mündete während der sozialliberalen Regierungs-Ära bei der Gleichstellung von Frau und Mann in der Ehe, in der Familie, im Berufsleben und in der Politik. Als Fortschrittspartei war die SPD immer auch eine Partei der Frauenemanzipation.

Ein Identitätswechsel setzte ein, als sich die SPD der LGBTQ-Bewegung annäherte und deren queere Vorstellungen übernahm. Hierfür wurde extra die Arbeitsgemeinschaft für Akzeptanz und Gleichstellung (SPDqueer) geschaffen, während die alte Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) auf ein Schattendasein abgedrängt wurde.

Die SPD gehört damit aus eigenem Antrieb einem kosmopolitischen Lager an, das den einen Pol einer neuen verankerten soziokulturellen Konfliktlinie zur Geltung bringt. Während der Ampelkoalition und schon vorher war die SPD eine treibende Kraft, die sich mit kosmopolitischer Weltoffenheit, offenen Grenzen, multikultureller Vielfalt, dem Gendern, der sozialen Definition des Geschlechts, der Gleichstellung ethnischer, sexueller und kultureller Minderheiten, der sexuellen Selbstbestimmung und der Freigabe von Cannabis hervortat. Die Identifikation der Partei mit radikalfeministischen und genderpolitischen Positionen macht die SPD zum Sprachrohr von randständigen Minderheiten. Denen erwies die SPD-Bundestagsfraktion 2022 bei der Verabschiedung des sexuellen Selbstbestimmungs-Gesetzes Referenz, indem sie sich auf der Online-Seite der Fraktion mit dem Slogan „Trans*Frauen sind Frauen. Punkt“ hervortat.

Für den entgegengesetzten anderen Pol des Wertekonflikts steht ein Lager, das unter dem Banner des Kommunitarismus für Heimat und Gemeinschaft, Erhalt nationaler Identität, gegen ungehinderte Zuwanderung, für Tradition, Fleiß und Anstrengung, Sitte und Anstand und Recht und Ordnung eintritt. Solche Werthaltungen finden sich nicht nur im ländlich-mittelstädtischen konservativen Bürgertum, sondern auch unter sogenannten links-autoritären Arbeitern. Dieses Lager fühlt sich von den Vorstellungen des links-libertären progressiven Lagers nicht repräsentiert, sondern abgestoßen.

Mit ihrer Hinwendung zum links-libertären Lager unterliegt die SPD einem strategisch fatalen Missverständnis über die Dynamik des gesellschaftlichen Wandels. Sie will die Widersprüchlichkeit des Fortschritts nicht erkennen, der durch die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen hervorgerufen wird. D. h. das libertär-progressive Lager bildet nur eine sich selbst zur Moderne erhebende Minderheit, der eine soziokulturell konventionelle, teils rückwärtsgewandte Mehrheitsgesellschaft gegenübersteht. Die erstreckt sich über das Arbeitermilieu zur Mitte der Gesellschaft bis hin zum Rechtsaußenrand. Selbst gehobene Mittelschichtwähler mit großstädtischer Wohnlage sind nicht pauschal dem linkslibertären kosmopolitischen Lager zuzurechnen. Das amorphe Gebilde der gehobenen Mittelschicht differenziert sich nämlich in eigenständige Milieus aus, die sich bis hin zu konservativ-autoritären Weltanschauungslagern erstrecken. Denen ist die linkslibertäre Wertekultur zutiefst zuwider.

Die Nachwahlstudie 2025 von Robert Vehrkamp bestätigt mit Blick auf die sozialen Milieus von Sinus diesen Zusammenhang. Die SPD schneidet allein im postmateriellen Milieu mit 21 Prozent besser ab als im Wählerdurchschnitt mit 16,4 Prozent. Sie hat aber im nostalgisch-bürgerlichen und im prekären Milieu die größten Verluste hinzunehmen. Die Ausbeute liegt dort nur bei zehn und neun Prozent.

Die SPD weiß von ihrer Herkunft und Abhängigkeit von ihrer Traditionswählerschaft, dass sie ihr Heil nicht allein durch Standortverschiebung ins Links-libertäre in der kosmopolitischen Wählerschaft großstädtischer Kreise findet. Dort ist für sie wenig Beute zu machen, weil diese Wählerzielgruppe eher zum Beuteschema der Grünen und der Linken passt. Sie hat sich deshalb, ohne durchdachtes strategisches Changemanagement, ein zwittriges Doppelgesicht zugelegt, mit dem sie sich gleichzeitig als Sprachrohr des linkslibertären kosmopolitischen und des kommunitaristisch linksautoritären Lagers in der Wählerschaft andient. Dies reißt die Partei von der Gegenpoligkeit der beiden Lager auseinander und zersetzt ihr Labeling hinsichtlich der Frage, wofür sie mit ihrem Profil steht.

Von ihr gehen infolgedessen Fliehkräfte aus, die ihre Wählerschaft sowohl nach rechts als auch nach links auseinandertreibt. So verlor sie 2025 an die Union 1,7 Millionen und an die AfD 720.000 Wählerinnen und Wähler. Zur Linkspartei flossen 560.000 und an das BSW 440.000 Wähler ab. Zu den Grünen zog es nur 100.000 Wähler.

Aus dem Doppelgesicht einer bunten und inklusive Minderheitenpartei und einer hart arbeitenden Lohnabhängigen- und Arbeitnehmerpartei lässt sich kein zueinander passendes Ganzes synthetisieren. Im Gegenteil dient sich die SPD zwei Wählerlagern an, deren dichotome Wertvorstellungen und Leitbilder des gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht zueinander passen. Die SPD wird zum Opfer der toxischen Überdehnung ihrer soziokulturellen Repräsentationsspanne. Sie steckt damit in einer Vertretungsfalle.

Für Flüchtlinge macht ihr alles

Flüchtlinge sind für die SPD eine Herzensangelegenheit. Sie identifiziert sich aus einer zutiefst humanitären Gesinnungshaltung heraus mit dem ungehinderten Zustrom von Migranten. Migranten sind für die SPD Schutzsuchende. Ihre Schutzbedürftigkeit vor Verfolgung und Not lässt prinzipiell keine Begrenzung oder gar Zurückweisung selbst illegal eingereister Flüchtlinge zu. Dies macht sie gesinnungsethisch im Schulterschluss mit den Grünen und der Linken zu einer bedingungslosen Pro-Flüchtlingspartei. Ihre Haltung korrespondiert mit dem Wunschbild, aus Deutschland ein weltoffenes, vielfältiges, multikulturelles und buntes Einwanderungsland zu machen.

Gleichwohl gehorchte die SPD an der Regierung immer wieder dem Druck auf Begrenzung der Aufnahme von Flüchtlingen, der durch temporäre Flüchtlingskrisen ausgelöst wurde. So willigte sie 1993 angesichts der durch den Jugoslawien-Krieg ausgelösten Flüchtlingswelle der Verschärfung des Paragraphen 16a des Grundgesetzes zu. Hierdurch schottete sich die Bundesrepublik als Asyl-land gegenüber Flüchtlingsmigranten aus sicheren

angrenzenden Nachbarstaaten ab. Die Flüchtlingspolitik des ehemaligen SPD-Innenministers Otto Schily, sekundiert durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann, zielte bereits in den Nullerjahren darauf, die Asylsuchenden in außer-europäischen Auffanglagern festzuhalten. Solche restriktiven Ideen blieben der Partei jedoch als menschenunwürdig gänzlich fremd.

Charakteristisch für die Flüchtlingspolitik der SPD ist der Widerspruch zwischen der Pro-Flüchtlingshaltung der Parteimitglieder und den Begrenzungserwartungen der SPD-Wählerschaft. Schon Anfang 2016 sprach der damalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel die vielfach zitierte Warnung aus: „Für die Flüchtlinge macht ihr alles, für uns macht ihr nichts“. Und 2023 gab Kanzler Scholz den harten Sheriff vor, indem er sich für eine rigorose Rückführungsoffensive gegenüber abgelehnten Migranten aussprach.

Ihren Überzeugungskern auf eine weltoffene bunte Migrationsgesellschaft ist die SPD jedoch nicht bereit preiszugeben. Dies bringt sie, losgelöst von ihrer Politik vor Ort, öffentlich zum Ausdruck. So stellte die Partei zu den Europawahlen 2024 über Instagram einen Werbespot ins Netz, der mit zwei Familienfotos bebildert war. Das eine Foto war in schwarz-weiß gehalten und zeigte eine „weiße“ Vater-Mutter-Sohn-Familie, am Esstisch um einen Sonntagsbraten sitzend. Das daneben platzierte kolorierte Foto zeigte am Esstisch ebenfalls eine dreiköpfige Familie mit Tochter, offensichtlich „People of Color“. Unterlegt waren die Bilder mit dem Text: „In welchem Europa willst du morgen aufwachen? Sonntag SPD wählen!“. Die SPD erzielte 13,9 Prozent der Stimmen.

Dem moralisch hochwertigen Bekenntnisgehalt der Willkommenskultur steht die politisch und gesellschaftlich folgenreiche Ausblendung der Folgewirkungen massenhafter Zuwanderung gegenüber. Das Integrationsgebot an die Flüchtlinge wird auf Sprachkenntnisse und Arbeitsaufnahme begrenzt. Die kulturellen und demokratiepolitischen Spannungen, die muslimische Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afghanistan in das politische und ge-

sellschaftliche Zusammenleben implementieren, wird gezielt ausgeblendet.

Der Flüchtlings- und integrationspolitische Kurs der SPD widerspricht nach außen hin in eklatanter Weise der Mehrheitshaltung der Bevölkerung. Er ist selbst bei Staatsbürgern migrantischer Herkunft ein elektoraler Verlustbringer. Für Ex-SPD-Wähler von 2025 war die Migrationsfrage besonders wichtig. Der SPD trauen gerade mal 8 Prozent der Befragten einer Deutschlandtrendumfrage vom Juni 2025 zu, die Flüchtlingsfrage lösen zu können. Die noch verbliebenen linkslibertären Anhänger der Willkommenskultur ist die SPD zu kakophon, sie präferieren da doch lieber die Grünen oder die Linke.

Die Militarisierung der Friedenspartei

Die SPD verfügt über das Talent, mit ihren Kurswenden jede strategisch wichtige Wählerzielgruppe vor den Kopf zu stoßen. So kommt jüngst noch die „Zeitenwende“ hinzu, mit der als Antwort auf den Überfall Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 der damalige SPD-Kanzler Olaf Scholz einen krassen Bruch der Partei mit ihrer bisherigen sicherheitspolitischen Linie vollzog.

Die SPD ist gerade für die älteren Willy-Wähler bewussteinprägend eine Friedens- und Entspannungspartei, was im Wahlkampf 1972 im Friedensnobelpreis für den damaligen Kanzler Brandt seinen prestigeträchtigen Ausdruck fand. Als Lehre aus dem von der Wehrmacht exekutierten rassenideologischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg des Nazi-Regimes vertrat die Bundesrepublik indes sicherheitspolitisch eine militärisch zurückhaltende Position und profilierte sich international als Friedensmacht.

Mit seiner Zeitenwenderede beendete Scholz die Ära der betonten militärischen Zurückhaltung Deutschlands. Angeführt durch den SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius und SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil wurde ein massives Aufrüstungs-

programm aufgelegt, welches die aufgestockte Bundeswehr zur stärksten Armee Europas machen soll. Zugleich leitete Pistorius einen die Bundeswehr und die Gesellschaft aufrüttelnden Mentalitätswechsel ein, der auf „Kriegstüchtigkeit“ abzielt.

Die monströsen Aufrüstungspläne finden in Medien und in der „Security Community“ wohlwollenden Beifall. Dagegen wurden Einwände des linken Parteiflügels um Rolf Mützenich und Ralf Stegner vom Regierungsflügel der SPD scharf zurückgewiesen.

Nach dem Deutschlandtrend vom Juli 2025 trauen unter den Befragten der SPD nur zu 11 Prozent „am ehesten zu“..., mit „Deutschland ... den Frieden in Europa herzustellen und zu sichern“. Die CDU/CSU kommt dagegen auf 31, die AfD auf 14 Prozent. Für den Wählerrückhalt der SPD ist fatal, dass ihr Profilwechsel hin zur Aufrüstungs- und Kriegserüchtigungspartei ihre Anhänger spaltet. Die durch Wählerschwund malträtierte Partei wird mit der Militarisierung ihres Images weitere Verluste einpreisen müssen.

Mach kaputt, was dich kaputt macht

Die SPD versteht sich als linke, weltoffene, kosmopolitische Fortschrittspartei. Sie ist ein maßgeblicher Träger des Kampfes gegen rechts. Sie entzieht sich dabei nicht der Tendenz, Einwände und Widerstände gegen Identitätspolitik und unbegrenzte humanitäre Flüchtlingspolitik, die aus der gesellschaftlichen Mitte heraus artikuliert werden, in einen Topf mit rechtspopulistischen bis rechtsextremistischen Randpositionen zu werfen.

Nun ist die Partei aber auch dem gesteigerten Abfluss von Wählern an die AfD ausgesetzt, was in ihr einen unerträglichen Wundschmerz auslöst. Es trifft sie bis ins Mark, dass sie jüngst erst bei der Bundestagswahl 2025 als Arbeiterpartei von der AfD abgelöst wurde. Bei den jüngsten Landtagswahlen 2026 setzt sich der Trend fort. Dies erfüllt sie mit einem Übermaß an aggressiver Wut, die sie ohnmächtig an der AfD auslässt.

Den Aufstieg derartiger rechtspopulistischer Partei politisch zu kontern, hat bislang wenig erfolgversprechende Ansätze hervorgebracht. Die 2013 gegründete AfD zu ignorieren, wie es die Merkel-CDU praktizierte, blieb erfolglos. Ihre Rechts-Außenpolitik zu übernehmen, ebenfalls. Dagegen ging die SPD von vornherein auf feindselige Konfrontation und glaubte, die Partei mit der Moralkeule als Paria diskreditieren zu können.

Der Kern dieser Strategie ist, nicht die inhaltliche Auseinandersetzung mit den AfD-Positionen zu suchen, sondern sie für politisch aussätzig und moralisch für nicht satisfaktionsfähig hinzustellen. Bei solch einer Partei im Abseits ist es ausgeschlossen, sich auf sie in der Sache einzulassen. Wer gleichwohl diesen Weg einschlägt, macht sich auf verwerfliche Art und Weise AfD-Positionen zu eigen. Die SPD heizt so im Umgang mit der AfD einen Kulturkonflikt an, bei dem sie zusammen mit den Grünen und der Linken Teil des links-libertären Anti-AfD-Lagers bildet.

Die SPD-Spitze nimmt die unflätigen Angriffe der auf Konfrontation setzenden AfD auf und kontert sie mit nicht minder kämpferischen verbalen Entgleisungen wie dem Gebrauch solcher Verbalinjurien wie Nazi- und faschistische Partei bis hin zu Joseph Goebbels. Das Nazi- und Faschismusverdikt stellt eine Geschichtsverzerrung dar, die dem Horror des Naziregimes und dem Blutzoll und Leid der Opfer des Faschismus Hohn spricht. Zur Verharmlosung des Nazi-Regimes trägt obendrein bei, wenn die AfD und ihre Spitzen auf eine Stufe mit der NS-Diktatur und deren Schergen gestellt werden.

Die heroische antitotalitäre Traditionslinie der SPD speziell im Widerstand gegen die Nazidiktatur ist der Partei hoch anzurechnen. Nur kulminiert sie gegenüber der AfD in einem wutgeladenen Kreuzzug zur Heilung der Wunden der Parteiseele. Hierin kommt ein tiefsitzender Groll zum Ausdruck, der ein Ventil im Verbot der AfD findet. Dies anzustreben beschloss der SPD-Parteitag im Juni 2025.

Der Kampf gegen die AfD entspricht einer tiefen Überzeugung, als Bollwerk für die Demokratie ein-

zustehen und sie als demokratiefeindliche rechts-extremistische Nazi-Partei per Verbot von der politischen Bildfläche verschwinden zu lassen. Zu wenig wird dabei ins Kalkül genommen, mit einem Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht scheitern zu können. Problematischer noch fehlt es der SPD in ihrem entfesselten Furor gegenüber der AfD das Gespür, ihre ehemaligen Wählerinnen und Wähler als Abtrünnige mit Abwertung und Verachtung vor den Kopf zu stoßen.

Der Fehlschluss dabei ist, dadurch an die AfD verloren gegangene Wählerinnen und Wähler wieder zurückholen zu können. Sie verschließt sich nämlich der Selbstkritik zu fragen, inwieweit das Profil und der politische Kurs der Partei zu massiven Abwanderungen insbesondere von Arbeiterwählern zur AfD geführt hat. Dazu zählen zuallererst ihre Flüchtlingspolitik und die Vertretung libertärer-kosmopolitischer Anliegen.

Wie raus aus dem Schlamassel

Die SPD steht noch nicht der Kollaps bevor, aber sie ist ein Sanierungsfall. Sie verfügt immer noch über den Markenkern der sozialen Gerechtigkeit, den Preis zu geben sie mit ihrer irrlichternden Profilerweiterung indes Gefahr läuft. Medial und im öffentlichen Bewusstsein zehrt sie noch vom Nimbus ihrer Wählerhochzeit und von der Erinnerung an ihre Kanzler.

Die SPD ist von äußeren und inneren Entwicklungen erfasst, die existenziell das Fundament der Partei berühren. Die SPD war lange Zeit das kraftvolle politische Vertretungsorgan der Arbeiterbewegung. Diese Bewegungsdynamik ist längst erlahmt. Stattdessen ist sie zur staatsverflochtenen Berufspolitikerpartei mutiert, die vom abgehobenen elitenzentrierten Politikbetrieb absorbiert wird. Der Regierungsflügel bestimmt nach der Regierungslogik, wo es lang geht. Heraus kommt dabei eine sich dahinziehende konsensdemokratische Politikerpolitik, die ohne Gespür für die Wählererwartungen selbstbezogen dahinwerkelt.

Die SPD ist als entrückte Staatspartei voll in den elitenzentrierten Politikbetrieb aufgegangen. Ihren Charakter als eigenwillige lebendige Mitgliederpartei, gar Bewegungspartei, hat sie mit ihrem Mitgliederschwind und ihrer Überalterung längst verloren. Die Basis grummelt vor sich hin. Neumitglieder meiden die Partei. Der Alterungsprozess schreitet voran.

Die SPD ist ein gegenüber sich selbst fremd gewordenes politisches Unternehmen. Ihre brachialen Kurswechsel zertrümmern ihr Markenprofil. Ganz aus der Zeit gefallen ist die SPD gleichwohl nicht. Schon deshalb nicht, weil die soziale Ungleichheit wächst und die davon besonders betroffene untere Mittelschicht einer Interessenrepräsentation klassischer sozialdemokratischer Ausrichtung an der sozialen Frage bedürfte. Stattdessen hat sich die Partei in einem politischen Irrgarten mit lauter inferioren Wildwuchs-Anliegen verlaufen.

Jedes Mal, wenn die SPD ein Wahldesaster zu verkraften hat, greift sie auf den Vorsatz zurück, sich wieder auf die Partei der Arbeit, der arbeitende Mehrheitsgesellschaft, rückbesinnen zu wollen. Nur ist sie das schon seit Langem nicht mehr, weil sie in ihrem Profil zu einem hybriden Multiplex-Zwitter geworden ist. So ist sie in ihrer Profilspreizung Partei der sozialen Sicherheit, Ruheständler-Partei, Nothilfe-Partei, Pro-Flüchtlingspartei, bunte Regenbogenpartei und zu guter Letzt auch noch Partei der Kriegstüchtigkeit. Die Wähler werden dadurch auseinandergetrieben. Nur die alt gewordene Willy-Generation steht noch in Treue fest zur Partei, wird aber nicht mehr lange leben.

Die SPD verliert sich bei der Frage, wofür sie wählerwirksam steht, in einem Irrgarten. Den innerparteilichen Gruppen ist das profilverheddernde Irrlichtern egal, solange deren partikuläre Anliegen im Parlaments- und Regierungsbereich Gehör finden. In der Profilbildung macht sie das, was sich die Mitgliederzirkel und Flügel der Partei ganz selbstbezogen wünschen.

Zwar setzt die anstehende Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm Ideenimpulse frei. Nur ist zu

befürchten, dass die wortstarken linkslibertären, kosmopolitischen Gruppen in der Partei eine Identitätspolitische, queere und flüchtlingsaffine Profilverschärfung herbeiführen. Dies wird die Entfremdung von der links-autoritären Kernwählerschaft weiter vertiefen. Die SPD unterliegt dem kapitalen Irrtum zu glauben, dass das, was Mitgliedern und Funktionären politisch am Herzen liegt, Resonanz in der für sie erreichbaren Wählerschaft findet.

Die SPD muss ihre Beistandsreflexe gegenüber diversen Opfergruppen zurückfahren. Hierzu zählen Flüchtlinge und queere Splittergruppen. Sie muss zurück zu einem Sprachrohr für ein Wählermilieu, dass seine Lebenswirklichkeit über Arbeit, Familie, Partnerschaften, Frau und Mann und Kinder bestimmt. Alles was der Entlastung und Verbesserung des Familien- und Berufsalltags dient, ist für die SPD maßstabsetzend. Die SPD schärft ihr Profil, Müttern Berufstätigkeit und Kinderbetreuung zu ermöglichen. Sie kämpft für Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen Lebenslagen.

Die SPD entzieht den innerparteilichen Eliten die Anmaßung auf dauerhaften Ämterbesitz und macht die Wiederwahl von deren Wahlerfolg in der Wählerschaft abhängig. Zum Aufstieg gehört, sich dem Leistungsprinzip zu unterwerfen.

Dass die SPD mit ihrer Erschöpfung wieder zu einer progressiven Arbeitnehmerpartei wird, ist keineswegs sicher. Es fehlt ihr ein durchdachtes strategisches Konzept, wieder den Anschluss an eine ausdifferenzierte Wählerumwelt zu finden. Die Parteispitze und der Funktionärsapparat tapsen im Nebel herum, welche Milieus sie noch bei der Stange halten können und welche durch Wiedergewinn ihren elektoralen Niedergang aufhalten könnten. Sie lullen sich mit illusionären Umfragedaten ein, die besagen, dass erkleckliche Teile an Grün- oder selbst CDU/CSU-Wählern nicht ausschließen, die SPD wählen zu können. Umgekehrt aber eben auch. Insofern macht der Blick auf das sogenannte Mobilisierungspotenzial nicht klug, sondern strategisch ratlos.

Die Antwort kann nur konstruktivistisch ausfallen. Die Partei muss sich aus eigener Imagination eine

Wählerschaft erzeugen, für die sie als Partei im Kampf gegen die wachsende soziale Ungleichheit und für soziale Gerechtigkeit eintritt. So hat sie es mit der Arbeiterbewegung gemacht, deren Mission der Emanzipation aus Ausbeutungsverhältnissen sie erfüllt hat. Arbeiterschaft und mittelschichtige Angestelltenschaft sind vor diesem Hintergrund jedoch nur sozialstatistische Kategorien, die auf eine sozialdemokratisch ansprechbare Anhänger- und Wählerzielgruppe verdichtet werden müssten.

Der scharfzüngige Parteiintellektuelle Peer Steinbrück gab seiner Partei vor sieben Jahren sogar den Rat, dass sie „auf eine Zähmung des Turbo- und Kasinokapitalismus des 21. Jahrhunderts hinwirken“ müsse. Dies ist von der ermatteten Gegenwarts-SPD nicht zu erwarten. Schon gar nicht wird der heutigen SPD, wie es noch in ihrem gültigen Grundsatzzprogramm von 2007 heißt, abgenommen, „in der stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus“ zu stehen.

Gegen einen mutigen Aufbruch spricht, dass die SPD sensorisch von ihrer strategisch überlebenswichtigen Außenwelt isoliert ist. Schlimmer noch erstarrt sie in verhärteten Selbstblockaden. In ihrem Innern macht sich eine Wagenburgmentalität breit. Reflexhafter Widerspruch kommt auf, wenn es um Korrekturen an ihrer überdehnten Identität geht. Der Vorwurf des Rechtsrucks und des Verrats an den Parteiprinzipien folgt auf dem Fuße. Die Spitzen der Partei wissen das. Nur fehlt es Ihnen persönlich an Courage und risikobereiter Führerschaft, die Partei neu zu erfinden. Dabei benötigt sie eine glaubwürdige Auffrischung ihres Markenkerns der sozialen Gerechtigkeit, die Ross und Reiter wachsender sozialer Ungleichheit nennt und sich mit der davon profitieren Oberschichtkreisen ernsthaft anlegt. Sie benötigt ein soziologisch zeitgemäßes Verständnis veränderbarer sozialer Ungleichheit, welches zu der Hoffnung inspiriert, der unteren werktätigen Gesellschaftshälfte gerechtere Lebensumstände zu erkämpfen.

Zitationsvorschlag

Wiesendahl, Elmar (2026). SPD im Tief. Zur Misere einer irrlichternden Partei. Das Progressive Zentrum. www.progressives-zentrum.org

Das Progressive Zentrum

DAS PROGRESSIVE ZENTRUM

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und als gemeinnützig anerkannter Berliner Think-Tank. Seit dem Jahr 2007 setzt die Organisation mit Studien, Publikationen und Veranstaltungen Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt. Ihr Ziel ist es, Orientierung in politischen Debatten zu stiften und mit ihrem Netzwerk eine Plattform für Progressive aus Deutschland, Europa und Nordamerika zu bieten – und so einer zukunftsfähigen Gesellschaft ein Stück näherzukommen, die allen gleiche und gute Lebenschancen ermöglicht.

 @dpzberlin.bsky.social

 Das Progressive Zentrum

 @dpz_berlin

www.progressives-zentrum.org

Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Der Abdruck oder eine vergleichbare Verwendung von Arbeiten von Das Progressive Zentrum auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e. V.
veröffentlicht im Juni 2026

V.i.S.d.P.

Dominic Schwickert

c / o Das Progressive Zentrum e. V.

Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorstand

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Judith Siller,
Joachim Knodt

Geschäftsführung

Dominic Schwickert

Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats

Prof. Dr. Anke Hassel

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org